

# FRISCHER WIND IN DER KOMMUNALPOLITIK

## Fridays for Future in Wülfrath

„Wir setzen uns auch auf lokaler Ebene ein, fordern beispielsweise den kreisweiten Ausbau des ÖPNV-Netzes und die Nutzung der Nahwärme aus dem Kalksteinwerk“, erklären Jan-Niklas Niebisch und Emily Birkner. Die beiden Wülfrather Schüler haben eine Gruppe von „Fridays for Future“ ins Leben gerufen und zum 20. September 2019 erneut zur Demonstration geladen.

Begeistert sind sie besonders vom Zulauf. „Es haben sich rund 150 Teilnehmer angemeldet, das macht uns schon stolz“, so Emily Birkner. Gekommen waren schließlich etwa 300 Menschen (WZ 21.19.19). Schon am 30. Mai waren über 200 Demonstranten durch Wülfrath gezogen.

Am 4. Juni hatte sich Fridays for Future im Ausschuss für Umwelt und Ordnung nach einer unsäglichen, durch die CDU verzögerten Diskussion durchgesetzt: der Ausschuss sprach sich für den Klimanotstand aus. Auch wenn der Klimanotstand danach im Rat leider nicht beschlossen wurde, haben die Schüler eine Klimadiskussion befeuert. Der Ausschuss für Umwelt und Ordnung beschloss die Einsetzung einer „Arbeitsgruppe Klimaschutz“.

In dieser Arbeitsgruppe war dann auch die CDU bereit mitzumachen und legte zur Grundlage viele Punkte zur Verbesserung des Klimaschutzes vor. Dies war nicht so schwierig, da Wülfrath schon seit Juli 2013 ein gutes Klimaschutzprogramm hat. Nur leider liegt es seit sechs Jahren ungenutzt im Schrank.

Einer der wichtigsten Programmpunkte des Klimaschutzkonzepts ist die Nutzung der Abwärme der Kalkwerke, die damals durchaus signalisiert hatten, Abwärme abgeben zu wollen. Diese fällt in größerer Menge an, als die gesamte Stadt Wülfrath zur Heizung benötigt.

In dem Konzept von 2013 sind viele Möglichkeiten zum Energie-



Foto: C. Roth

sparen bzw. Erzeugung von erneuerbaren Energien bereits aufgelistet und berechnet worden. Beispielsweise sind 28 Standorte für Windräder mit einem Potential von 23 bis 35 Mio. kWh ermittelt worden. Das entspricht über einem Drittel des in der Stadt Wülfrath verbrauchten Stroms.

Die Stadt sprach sich damals sowohl gegen die Errichtung von Windrädern als auch gegen die Nutzung der Abwärme aus! Angeblich sollten die Stadtwerke geschützt werden, dabei wäre eine Beteiligung der Stadtwerke am Verteilnetz der Abwärme durchaus möglich gewesen.

Im Klimaschutzkonzept steht auch die detaillierte Auflistung des Wärmeverbrauchs in der Stadt. Daraus entwickelte der Gutachter geeignete Gebiete für Fernwärme, z. B. auch aus Blockheizkraftwerken. Das Dienstleistungszentrum bot sich geradezu ideal an: Ein Rathaus mit hohem Stromverbrauch und direkt daneben ein Altenheim mit hohem und vor allem durchgängigem Wärme- und künftig auch Kältebedarf.

Obwohl sich der Umweltausschuss dafür ausgesprochen hat, alle geeigneten städtischen Gebäude mit Kraft-Wärme-Kopplung zu beheizen, wurde im Dienstleistungszentrum eine Standardheizung eingebaut. Dass die Stadt nach Zahlen des Gutachters mehrere hunderttausend Euro in

den Sand gesetzt hat, sei hier nur nebenbei erwähnt.

Dass vom Klimaschutzkonzept praktisch nichts umgesetzt wurde, kann man schon daran erkennen, dass das Thema LED-Lampen in städtischen Gebäuden immer noch auf der Agenda - oder besser „Nichtagenda“ - steht. Dabei wissen mittlerweile die Meisten, dass sich eine Umrüstung auf jeden Fall lohnt, ökologisch und finanziell!

Die Installation von Windrädern wird derzeit ideologisch behindert! Solange die schwarz-gelbe Landesregierung mit dem 1.500 m-Windraderlass die Windenergie abwürgt, müssen wir für eine andere Landesregierung kämpfen.

Die Wärmeversorgung durch die Kalkwerke dagegen ist noch nicht vom Tisch. Auch der Einsatz von Blockheizkraftwerken nicht. Die erste Maßnahme wäre die Verlängerung des Betriebs des bestehenden Blockheizkraftwerks im Schwimmbad. Dabei sollten auch das Altenheim und der neue Kindergarten einbezogen werden.

Die GEW plant mitten in der Stadt an der Halfmannstraße 140 Wohnungen neu zu errichten. Vielleicht schafft es die GEW, ihre Nahwärmephobie abzulegen. Die Kalkwerke sind nur zwei Kilometer entfernt.

Fridays for Future hat in Wülfrath etwas in Gang gesetzt. Beim Radverkehr hat sich seit 25 Jahren nichts getan: damals wurde auf Drängen der Fahrradinitiative Tempo 30 in der Innenstadt beschlossen. Seit September 2019 gibt es einen gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Grünen zum Einstieg in ein Radverkehrskonzept und in der Ratssitzung am 7. Januar 2020 haben sich alle im Rat vertretenen Fraktionen einstimmig für einen Anschluss von Wülfrath an die Schiene ausgesprochen.

**Götz Lederer**